

65. Sitzung des Gemeinderates **- öffentlich -**

Sitzungstag:

Donnerstag, 09.05.2019

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Philipp Schwarz Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Irmgard Zankl Thomas Weingärtner		
	Lorenz Ilmberger Andreas Post Jutta Schödl	

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt abwesend sind die Gemeinderatsmitglieder Frau Schödl, Herr Post und Herr Ilmberger.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass der Gemeinderat das Fotografieren in der heutigen Sitzung aufgrund besonderer Geburtstagsgratulationen sowie der Vereidigung eines neuen Gemeinderatsmitglieds gestattet hat.

Bevor der Vorsitzende die Sitzung eröffnet gratuliert er den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Manfred Axenbeck, Herrn Günther Peischl und Herrn Thomas Weingärtner nachträglich recht herzlich zu ihren Geburtstagen.

Einen besonderen Geburtstagsgruß mit der Überreichung eines Präsents erhalten nachträglich zu ihrem runden bzw. halbrunden Geburtstag die Gemeinderatsmitglieder Frau Betina Mäusel, Herr Johannes Mecke und Frau Gerda Settele.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

883 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 21 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

884 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse können folgende Beschlüsse in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen werden, weil die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss G875 vom 07.02.2019 (für TOP 8 der heutigen öff. Sitzung)

Neubau Bauhof an der Birkenhofstraße; Auswahl der Planer (Teilnehmer) für die Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe im VgV-Verfahren

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung der Verwaltung und des
Projektsteuerungsbüros mp3, München vom 1.2.2019, die drei Büros

- kplan AG Projektentwicklung und Gesamtplanung, Abensberg
- Planungsgruppe Gestering/Knippling/de Vries -
Architekten/Generalplaner PartmbB, Bremen
- Knerer und Lang Architekten GmbH, München

Mit der Wettbewerbsaufgabe zu beauftragen.
Die anfallenden Kosten sind unter der HHSt. 13001.9490
zu verausgaben.

Beschluss G894 vom 10.04.2019 (für TOP 9 der heutigen öff. Sitzung)

Feststadl Unterföhring; Auftragsvergabe

Beschluss: 13 : 7

Das Gremium schließt sich der rechtlichen Stellungnahme der
Rechtsberatung zum Vergabeverfahren Lutz Abel Rechtsanwalts PartG mbB,
80333 München, Herrn Dr. Matthias Mantler, gemäß mit E-Mail vom
10.04.2019 an.

Das technische Aufklärungsgespräch ist durch die Verwaltung unter
Teilnahme folgender weiteren Teilnehmer zu führen:

- Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier
- PWU-Fraktion: Herr Udo Guist Stellvertreter: Frau Gertrud Mörike
- CSU-Fraktion: Herr Manfred Axenbeck Stellvertreter: Frau Betina
Mäusel
- SPD-Fraktion: Frau Jutta Schödl Stellvertreter: Herr Philipp Schwarz
- Bündnis90/Grüne: Frau Gisela Fischer Stellvertreter: Herr Johannes
Mecke, bei Verhinderung ggf. ein weiterer Vertreter
- Objektplanung Ekert + Probst, München
- Fachplanung ELT R. Wieder GmbH, Erding
- Fachplanung HLS allwärme GmbH, Unterföhring
- Fachplanung Tragwerksplanung Eberhard Ingenieurbüro, München

Im Anschluss sind die Bieter zur Abgabe eines Finalangebotes aufzufordern.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Vorliegen der Finalangebote / des Finalangebotes den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter bis zu einer Angebotssumme von 3.464.040,82 € brutto zu vergeben.

Die erforderlichen Ausgaben sind unter der Haushaltsstelle 33210.9420 in den Haushalt einzustellen und zu verbuchen.

AZ 024
Hauptamt

885 21

Nachrückverfahren Wahlperiode 2014-2020 **Bestimmung des Nachrückers**

Am 30.03.2019 ist das bisherige Gemeinderatsmitglied Herr Manfred Unterstein verstorben.
Herr Unterstein war für den Wahlvorschlagsträger Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Mitglied des Gremiums.

Der Gemeinderat entscheidet gemäß Art. 48 Absatz 3 Satz 2 Gemeindefandkreiswahlgesetz (GLKrWG) über das Nachrücken eines Listennachfolgers für den betreffenden Wahlvorschlagsträger, im vorliegenden Fall die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

Aufgrund der bei der Gemeinderatswahl am 16. März 2014 erhaltenen Stimmzahl ist Herr Manfred Rott, wohnhaft 85774 Unterföhring, Gartenstr. 3, mit Platzziffer -9- erster Listennachfolger des Wahlvorschlagsträgers Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).
Herr Rott wurde mit Schreiben vom 08.04.2019 darüber informiert, dass er der erste Listennachfolger ist. Er wurde zeitgleich aufgefordert schriftlich zu erklären, ob er dieses Amt annimmt.
Herr Rott hat mit Erklärung vom 08.04.2019 (Eingang am gleichen Tag) schriftlich mitgeteilt, dass er das Amt nicht annehmen wird.

Aufgrund der vorliegenden Ablehnungserklärung des ersten Listennachfolgers erfolgt bei deren Wirksamkeit die Besetzung des freigewordenen Amtes als Gemeinderatsmitglied mit dem nächsten Listennachfolger des Wahlvorschlagsträgers Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (Art. 48 Absatz 3 Satz 3 i.V.m. Art 47 Absatz 4 Satz 2 GLKrWG).

Anhand der bei der Gemeinderatswahl vom 16.03.2014 erreichten Stimmzahl des betreffenden Wahlvorschlagsträgers ist Frau Annette Weichbrodt, wohnhaft in 85774 Unterföhring, Germanenweg 2, mit Platzziffer -10- zweite Listennachfolgerin.
Frau Weichbrodt wurde mit Schreiben vom 08.04.2019 darüber informiert, dass sie die zweite Listennachfolgerin ist und ihr aufgrund der vorliegenden Ablehnung des ersten Listennachfolgers das freigewordene Amt des

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Gemeinderatsmitglieds zusteht. Sie wurde zeitgleich aufgefordert schriftlich zu erklären, ob sie dieses Amt annimmt.

Frau Weichbrodt hat mit Erklärung vom 08.04.2019 (Eingang am gleichen Tag) schriftlich mitgeteilt, dass sie das Amt nicht annehmen wird.

Aufgrund der vorliegenden Ablehnungserklärungen des ersten Listennachfolgers sowie der zweiten Listennachfolgerin erfolgt bei deren Wirksamkeit die Besetzung des freigewordenen Amtes als Gemeinderatsmitglied mit dem nächsten Listennachfolger des Wahlvorschlagsträgers Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (Art. 48 Absatz 3 Satz 3 i.V.m. Art 47 Absatz 4 Satz 2 GLKrWG).

Anhand der bei der Gemeinderatswahl vom 16.03.2014 erreichten Stimmenzahl des betreffenden Wahlvorschlagsträgers ist Ekkehard Wieprecht, wohnhaft in 85774 Unterföhring, Alte Münchner Str. 57c, mit Platzziffer -11- dritter Listennachfolger.

Herr Wieprecht wurde mit Schreiben vom 09.04.2019 darüber informiert, dass er der dritte Listennachfolger ist und ihm aufgrund der vorliegenden Ablehnungen des ersten Listennachfolgers sowie der zweiten Listennachfolgerin das freigewordene Amt des Gemeinderatsmitglieds zusteht. Er wurde zeitgleich aufgefordert schriftlich zu erklären, ob er dieses Amt annimmt.

Herr Wieprecht hat mit Erklärung vom 12.04.2019 (Eingang 15.04.2019) schriftlich mitgeteilt, dass er das Amt nicht annehmen wird.

Über die Wirksamkeit der vorgenannten Ablehnungen des Amtes entscheidet der Gemeinderat (Art. 48 Absatz 3 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art. 47 Absatz 4 Satz 1 GLKrWG), wobei die Prüfung lediglich die formale Wirksamkeit (schriftlich und fristgerecht) der Ablehnung umfasst; eine Begründung für den Amtsverzicht ist seitens des Listennachfolgers im Falle eines Nachrückens nicht erforderlich (Art. 48 Absatz 1 Satz 2 GLKrWG).

Aufgrund der vorliegenden Ablehnungserklärungen des ersten Listennachfolgers, der zweiten Listennachfolgerin sowie des dritten Listennachfolgers erfolgt bei deren Wirksamkeit die Besetzung des freigewordenen Amtes als Gemeinderatsmitglied mit dem nächsten Listennachfolger des Wahlvorschlagsträgers Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) (Art. 48 Absatz 3 Satz 3 i.V.m. Art 47 Absatz 4 Satz 2 und Absatz 2 GLKrWG).

Anhand der bei der Gemeinderatswahl vom 16.03.2014 erreichten Stimmenzahl des betreffenden Wahlvorschlagsträgers ist Irmgard Zankl, wohnhaft in 85774 Unterföhring, Blumenstraße 4, mit Platzziffer -12- vierte Listennachfolgerin.

Frau Zankl wurde mit Schreiben vom 15.04.2019 darüber informiert, dass sie die vierte Listennachfolgerin ist und ihr aufgrund der vorliegenden Ablehnungen des ersten Listennachfolgers, der zweiten Listennachfolgerin sowie des dritten Listennachfolgers das freigewordene Amt des Gemeinderatsmitglieds zusteht. Sie wurde zeitgleich aufgefordert schriftlich zu erklären, ob sie dieses Amt annimmt.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Frau Zankl hat mit Erklärung vom 15.04.2019 (Eingang 16.04.2019) schriftlich mitgeteilt, dass sie das Amt annehmen und den erforderlichen Eid leisten wird.

Beschluss: 21 : 0

Es wird festgestellt, dass der erste Listennachfolger, Herr Manfred Rott, die zweite Listennachfolgerin, Frau Annette Weichbrodt und der dritte Listennachfolger, Herr Ekkehard Wieprecht als Nachrücker für das frei gewordene Amt des Gemeinderatsmitglieds ausscheiden, da sie die Annahme des Amts gemäß Art. 48 Absatz 1 Satz 2 GLKrWG wirksam abgelehnt haben.

Frau Irmgard Zankl hat als vierte Listennachfolgerin für das freigewordene Amt des Gemeinderatsmitglieds erklärt, das Amt anzunehmen und den erforderlichen Amtseid abzulegen. Frau Zankl tritt damit gemäß Art. 48 Absatz 3 Satz 3 i.V.m. Art 47 Absatz 4 Satz 2 und Absatz 2 GLKrWG die Nachfolge des verstorbenen Herrn Unterstein als Gemeinderatsmitglied an.

AZ 024
Hauptamt

886

22

Nachrückverfahren Wahlperiode 2014-2020 **Vereidigung des nachgerückten Gemeinderatsmitglieds**

Im Anschluss an die Bestimmung von Frau Irmgard Zankl als Nachrückerin nimmt der Erste Bürgermeister von dem neuen Gemeinderatsmitglied den in Art. 31 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) vorgeschriebenen Eid ab:

„Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.“

AZ 024
Hauptamt

887

22

Nachrückverfahren Wahlperiode 2014-2020 **Anpassung der Besetzung von Ausschüssen sowie weiterer** **Funktionen für die Legislaturperiode 2014 bis 2020**

Aufgrund des Ausscheidens des ehemaligen Gemeinderatsmitglieds Herrn Manfred Unterstein und der Besetzung des freigewordenes Amtes durch die Nachrückerin Frau Irmgard Zankl sind die von diesem Wechsel ebenfalls betroffenen weiteren Funktionen neu zu vergeben.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion hatte das ehemalige Gemeinderatsmitglied Herr Unterstein folgende Funktionen in den Ausschüssen der Gemeinde Unterföhring:

- Mitglied im Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss
- Mitglied im Umwelt- und Energieausschuss
- 2. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Thomas Weingärtner (SPD) im Finanzausschuss
- 2. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Franz Klietsch (SPD) im Wohnungs- und Sozialausschuss
- 2. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Herr Post (SPD) im Jugend- und Kulturausschuss

Bereits im Vorfeld hat die SPD-Fraktion mitgeteilt, die freigewordenen Ausschusssitze sowie der benannten Stellvertreterfunktionen wie folgt neu zu besetzen:

- Mitglied im Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss:
Herr Philipp Schwarz (SPD)

Da Herr Schwarz bisher die Funktion des 1. Stellvertreters des neu zu besetzenden Ausschuss-Sitzes innehatte, ist diese Funktion folglich mit Übernahme des offenen Ausschuss-Sitzes neu zu vergeben.

- 1. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Herr Schwarz (SPD) im Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss:
Frau Irmgard Zankl (SPD)
Der 2. Vertreter bleibt unverändert.
- Mitglied im Umwelt- und Energieausschuss:
Frau Irmgard Zankl (SPD)
Die beiden Stellvertreter bleiben unverändert.
- 2. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Herr Weingärtner (SPD) im Finanzausschuss:
Frau Irmgard Zankl
- 2. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Franz Klietsch (SPD) im Wohnungs- und Sozialausschuss:
Frau Irmgard Zankl
- 2. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Herr Post (SPD) im Jugend- und Kulturausschuss:
Frau Irmgard Zankl

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemäß Art. 33 Abs. 1 Sätze 1 und 4 GO bestellt der Gemeinderat die Mitglieder seiner Ausschüsse und ist hierbei an die Vorschläge der vorschlagsberechtigten Parteien und Wählergruppen gebunden.

Neben den vorgenannten Sitzen in den gemeindlichen Ausschüssen hatte Herr Manfred Unterstein mit Beschlüssen vom 08.05.2014 (Nr. 15) sowie vom 22.09.2016 (Nr. 441) folgende weitere Funktionen übertragen bekommen:

- Zweiter Verbandsrat von insgesamt zwei Verbandsräten der Gemeinde Unterföhring im Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning
- Zweiter Vertreter von insgesamt zwei Vertretern der Gemeinde Unterföhring im Naherholungsflächenverein

Für diese allgemeinen Funktionen besteht ein generelles Vorschlagsrecht der Gemeinderatsmitglieder bzw. Fraktionen.

Folgende Vorschläge werden zur Abstimmung gebracht:

- Zweiter Verbandsrat im Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning:

Vorschlag: Frau Sabine Fister

- Zweiter Vertreter im Naherholungsflächenverein:

Vorschlag: Frau Jutta Schödl

Beschluss: 22 : 0

Gemäß Art. 33 Abs. 1 GO (Bayerische Gemeindeordnung) und auf Grund des Vorschlags der SPD-Fraktion erfolgt die Neubesetzung der freigewordenen Ausschusssitze sowie der benannten Stellvertreterfunktionen wie folgt:

Mitglied im Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss:

Herr Philipp Schwarz (SPD)

1. Stellvertreter für das Ausschussmitglied Herr Schwarz (SPD) im Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss:

Frau Irmgard Zankl

Der 2. Vertreter bleibt unverändert.

Mitglied im Umwelt- und Energieausschuss:

Frau Irmgard Zankl (SPD)

Die beiden Vertreter bleiben unverändert.

2. Stellvertreterin für das Ausschussmitglied Herr Weingärtner (SPD) im Finanzausschuss:

Frau Irmgard Zankl (SPD)

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2. Stellvertreterin für das Ausschussmitglied Franz Klietsch (SPD) im
Wohnungs- und Sozialausschuss:
Frau Irmgard Zankl (SPD)

2. Stellvertreterin für das Ausschussmitglied Herr Post (SPD) im Jugend- und
Kulturausschuss:
Frau Irmgard Zankl (SPD)

Die Funktion des zweiten Verbandsrats der Gemeinde Unterföhring im
Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning übernimmt:
Frau Sabine Fister

Die Funktion des zweiten Mitglieds der Gemeinde Unterföhring im
Naherholungsflächenverein übernimmt:
Frau Jutta Schödl

AZ 024
Hauptamt

888 21 **Erlass einer Änderungsverordnung zur Baumschutzverordnung der
Gemeinde Unterföhring**

Der Vorsitzende erinnert an den Erlass der Baumschutzverordnung (BSchVO) der Gemeinde Unterföhring am 12.03.2009 und bringt die Ergänzungsbeschlüsse vom 18.05.2017 Nr. 576 sowie vom 10.01.2019 Nr. 834 in Erinnerung.

Die hierin gefassten Beschlüsse zur inhaltlichen Anpassung der gemeindlichen Baumschutzverordnung sind gem. Art. 48 Landesstraß- und Verordnungsgesetz (LStVG) nunmehr in Form einer entsprechenden Änderungsverordnung zu erlassen.

Im Zuge der laufenden Abänderung kann die BSchVO zudem redaktionell an den aktuellen Stand des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) vom 23.02.2011, zuletzt geändert durch § 1 Abs. 399 der Verordnung vom 26.03.2019, angepasst werden.

Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 21 : 0

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderat beschließt die vorgelegte Verordnung zur Änderung der Verordnung der Gemeinde Unterföhring über den Schutz des Bestandes an Bäumen, Stand 02.05.2019.

Die Änderungsverordnung tritt mit Wirkung vom 01.06.2019 in Kraft. Sie ist entsprechend amtlich bekanntzumachen.

AZ 0281
Bauamt

889 22 **Änderungsbebauungsplan Nr. 71b/18, Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister bringt den Aufstellungsbeschluss des Änderungsbebauungsplanes Nr. 71b/18, Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, vom 08.02.2018, Nr. 683, nach dem neben der Geh- und Radwegbrücke über den Mittleren Isarkanal auch eventuelle Änderungen im Rahmen der Realisierung der Zeile 18 (Geschosswohnungsbau) am Germanenweg Bestandteil der Bebauungsplanänderung sind, in Erinnerung. Mit dem Bebauungsplanänderungsverfahren wurde das Architekturbüro Goergens Miklautz Partner GmbB, München, beauftragt.

Herr Weigl und Frau Baumgartner vom Architekturbüro Goergens & Miklautz stellten am 08.04.2019 dem Gemeinderat die Planungsvarianten mit Stand 02.04.2019 vor.

Auf Grund der Komplexität des Themas wurde in der Gemeinderatssitzung am 10.04.2019 kein Beschluss gefasst. Herr Weigl und Frau Baumgartner stellen dem Gemeinderat am 09.05.2019 eine Ergänzung der bisherigen Planungsvarianten (Variante 4a und eine Anbindung der TG Zeile der Zeile 15 an die Zeile 14 in der Variante 2) vor und beantworteten die Fragen aus dem Gremium.

Die vollständigen Unterlagen (Untersuchung mehrerer Planungsvarianten und Erläuterungen hierzu mit jeweiligem Stand 9.5.2019) wurde dem Gremium zugestellt.

Weiter weist der Bürgermeister auf den folgenden Gemeinderatsbeschluss vom 17.05.2018, Nr. 721, hin:

„Zur Entwicklung der restlichen Flächen, Fl.Nr. 576 im Umgriff des Bebauungsplanes Nr. 71/02 sowie Nr. 71a/12 für das Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, westlich der S-Bahnlinie S8, östlich des Römerweges und südlich des Germanenweges wird ein Änderungsbebauungsplan zum bestehenden, rechtsverbindlichen

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bebauungsplan für das Einheimischen-Modell erstellt. Dabei sind das Maß der Bebauung (EG + 1. OG + Dach), der Bau einer Tiefgarage und die Integration einer endgültigen Kindertagesstätte (Kinderkrippe und Kindergarten) zu untersuchen. Es wird untersucht, ob eine feste Kindereinrichtung auf der Erweiterungsfläche des Friedhofs (Spielplatz) errichtet werden kann. In diesem Prüfauftrag ist insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:

Ist eine Friedhofserweiterung zukünftig auszuschließen bzw. ist die aktuelle Friedhofsgröße für 12.000-15.000 Einwohner ausreichend?

Bei derzeit rund 11.000 Einwohnern besteht aktuell Platz für 704 Erdgräber, von denen 412 vergeben sind, 241 Urnenerdgräber, von denen 121 vergeben sind und 246 Urnenfächer, von denen 218 vergeben sind.

Bei einer Steigerung der Einwohnerzahl auf rund 15.000 Einwohnern (+ ca. 27 %) ist auch beim Bedarf an Grabstätten eine Steigerung zu erwarten. Der Trend geht hierbei vermehrt Richtung Urnenbeisetzungen; hier sind bereits Erweiterungsmaßnahmen in 2018 beschlossen worden.

In Anbetracht der derzeit noch entwickelbaren Freiflächen im bestehenden Areal des Parkfriedhofs geht die Friedhofsverwaltung davon aus, dass die bestehende Fläche für einen Zeitraum von mindestens weiteren 30 Jahren ausreichend sein wird.

Besteht mittel- bzw. langfristig noch Bedarf für Interims-Kindereinrichtungen?

Es besteht auch künftig Bedarf an (dauerhaften) Kindertageseinrichtungen, insbesondere dann, wenn die Anzahl der Einwohner steigt. Daher sollte für die im Norden Unterführungs befindliche Einrichtung (im Lichte der dort geplanten Wohnbebauung) eine Erweiterung(soption) in Erwägung gezogen werden.

Ist die Fläche des Spielplatzes ausreichend für die Errichtung einer Kindereinrichtung an dieser Stelle?

Welche Erschließungswege sind vorstellbar (Zufahrt, Stellplätze, Fußwege etc.)?"

Als erste Einschätzung könnte eine Fläche von rund 2.500/3.000 m² gemäß Skizze (Seite 24 der Untersuchung mehrerer Planungsvarianten, Stand 2.4.2019) in die Erweiterungsfläche des Parkfriedhofes berücksichtigt werden. Nach Vorliegen eines Entwurfes für die Hochbauplanung, könnte die Erschließung an der Aschheimer Straße abgewickelt werden. Dadurch wäre eine fußläufige Erreichbarkeit gegeben. Die Stellplatzsituation würde dann planbedingt unter Berücksichtigung der Stellplatzsatzung der Gemeinde Unterführung ausgestaltet.

Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile jeder Variante werden folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- Ist die Variante realistisch zu verwirklichen?
- Wirtschaftlichkeit?
- Mögliche Gestaltung der Außenanlagen?

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Vor diesem Hintergrund wird für den Südteil Geschosswohnungsbau mit zusammenhängender TG und Zufahrt von Süden (bzw. Geschosswohnungsbau mit integrierter Kita) empfohlen und für den Nordteil Geschosswohnungsbau in den Zeilen 15 bis 18, die Zeile 14 sollte wegen der schlechten Erreichbarkeit einer notwendigen TG besser als Reihenhausbau belassen werden. Dies entspricht der Variante 3b (bzw. Variante 3c).

Der Bürgermeister erinnert daran, dass für das Kinderhaus am Römerweg eine Betriebserlaubnis mit 36 Kinderkrippen- und 46 Kindergartenplätzen besteht.

Für den Bebauungsplan Nr. 71/02, Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, ist als nächster Schritt ein Änderungsbebauungsplanverfahren gemäß §§ 2 i. V. m. 30 BauGB einzuleiten und durchzuführen.

Beschluss: 17 : 5

Das Gremium nimmt die Untersuchung der verschiedenen Planungsvarianten des Architekturbüros Goergens Miklantz Partner GmbH, München, Stand: 09.05.2019, samt den Ergänzungen (Variante 4a und eine Anbindung der TG der Zeile 15 an die Zeile 14 in der Variante 2) zur Kenntnis. Der Gemeinderat spricht sich für die

Variante 4a mit folgenden Ergänzungen aus.

- im 1. OG der Zeile 12 sind statt Wohnen weitere Gruppenräume für die Kindertageseinrichtung vorzusehen.
- es ist eine Kostenuntersuchung vorzunehmen, die eine Anbindung der TG der Zeile 15 an die Zeile 14 berücksichtigt.
- es ist eine zweite Untersuchung (mit Kostenschätzung) vorzunehmen, die, anstelle der Schaffung von zeilenbezogenen TG's mit möglicher anschließender Anbindung untereinander, die Schaffung einer gemeinsamen Groß-TG für alle Zeilen (Zeile 12 bis 14, 16 und 17) berücksichtigt.

Die entsprechenden Unterlagen sind durch das Architekturbüro Goergens Miklantz Partner GmbH, München, zu erarbeiten und die weiteren Schritte vorzubereiten (u.a. Aufstellungsbeschluss, Billigung der Planunterlagen) und dem Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen.

Es ist auf eine Betriebserlaubnis für ein Kinderhaus mit mindestens 36 Kinderkrippen- und 46 Kindergartenplätzen (gemäß Bestand) zwingend hinzuwirken. Um den künftigen Bedarf zu berücksichtigen, sind entsprechende Erweiterungsflächen für Kinderbetreuungsplätze vorzusehen.

AZ 6100
Bauamt

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

890 22 **Bebauungsplan Nr. 86/17 zur Errichtung einer Parkgarage an der Dieselstraße/Beta-Straße; Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 86/17 zur Errichtung einer Parkgarage an der Dieselstraße/Beta-Straße, in der Fassung vom 26.03.2019 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 05.04.2019 bis einschließlich 19.04.2019 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 05.04.2019 bis 19.04.2019 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wurden keine Hinweise und Anregungen vorgebracht. Eine weitere Auslegung ist daher nicht mehr erforderlich. Der Bebauungsplan Nr. 86/17 zur Errichtung einer Parkgarage an der Dieselstraße/Beta-Straße, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Die Abwägungsbeschlüsse gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 17.12.2018, Nr. 551, vom 26.03.2019, Nr. 579, und vom 30.04.2019, Nr. 592, sind hier als Anlage beigelegt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie des Vorhabenträgers und der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

Weiter sind die gesamten Bebauungsplanunterlagen, Stand 26.03.2019, auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 22 : 0

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss gemäß Beschlüsse vom 17.12.2018, Nr. 551, vom 26.03.2019, Nr. 579, und vom 30.04.2019, Nr. 592, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 86/17 zur Errichtung einer Parkgarage an der Dieselstraße/Beta-Straße, in der Fassung 26.03.2019 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 09.05.2019.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100
Bauamt

891 22

**Realisierung des Ideenteils an der Schulstraße (Hort und MiB);
Sachstand (Vorlage des finalen Auslobungstextes, Festlegung des
Auswahlprems u.a.) und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister bringt den letzten Gemeinderatsbeschluss vom 14.03.2019, Nr. 860, in Erinnerung, nachdem „dem Auslobungstext für die Realisierung der Hort-/Mittagsbetreuungsplätze an der Schulstraße des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand 25.02.2019, mit folgenden Hinweisen und Anregungen zugestimmt wurde:

- Es ist darauf hinzuweisen, dass entsprechend der bestehenden Haushalts- bzw. Finanzplanung für die Sanierung und Erweiterung Hort und MIB an der Schulstraße Unterföhring, derzeit ein Investitionsvolumen (Baukosten und Baunebenkosten) von insgesamt 6.165 Mio. € festgelegt ist. Mit der Wettbewerbsarbeit ist eine belastbare Kostenschätzung im Wettbewerb mit vorzulegen.
- Eine endgültige Entscheidung bezüglich eines Abrisses des Hortes bleibt dem Gemeinderat vorbehalten. Auf den ersten Wettbewerb in 2018 „Sanierung und Erweiterung Hort / MIB“ (ohne Abriss Hort) wird hingewiesen.
- Im Raumprogramm des Auslobungstextes ist aufzunehmen, dass die Hausmeisterwohnung im Gebäude des Hortes oder der Mittagabeteuung (MIB) situiert werden kann.

Zwischenzeitlich hat am 01.04.2019 die Preisrichtervorbesprechung stattgefunden. Aus dieser haben sich durch die Preisrichter neue Hinweise und Änderungen ergeben, die durch das Gremium zu beschließen sind.

Die Änderungen gemäß Preisrichtervorbesprechung sind im Auslobungstext, Stand 22.04.2019, gelb hinterlegt und wurden dem Gremium im Vorfeld der Sitzung zugestellt.

Zudem erläuterte Frau Bauer (PV) am 06.05.2019 die Änderungen und Anpassungen des Auslobungstextes und beantwortete die auftretenden Fragen. Die hier vorgebrachten weiteren Hinweise und Anregungen werden in den Auslobungstext eingearbeitet und in der Fassung, Stand 07.05.2019, dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Folgende Änderungen haben sich ergeben:

- Art und Grundlage des Verfahrens
Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs (mit Abriss des Horts) sowie die Ergebnisse des vorangegangenen Wettbewerbs (mit Sanierung des Horts) sind Grundlage einer weiteren Entscheidung.
- Preisgericht – Fachpreisrichter Stellvertreter
Michaela Ausfelder (im Krankheitsfall) Architektin, München
- Wettbewerbsleistungen
5. Einfache Perspektiven / schematische Skizzen
Es sind zwei selbstgewählte isometrische oder perspektivische Darstellungen der Bebauung aus Augenhöhe mit angrenzenden Freiflächen in Skizzenform anzufertigen (je Darstellung max. DIN A3-Format, keine fotorealistischen Darstellungen/ Renderings).
- Zulassung der Arbeiten
Inhaltlich bindende Vorgaben sind in der Auslobung nicht enthalten.
- Termine

<i>Sitzung Auswahlgremium</i>	<i>25.07.2019 von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr</i>
<i>Rückfragenkolloquium</i>	<i>20.09.2019 von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr</i>
<i>Sitzung Preisgericht</i>	<i>20.01.2020 von 9:00 Uhr bis 18:00 Uhr</i>
- Wettbewerbssumme
Die Ausloberin stellt eine Wettbewerbssumme von 64.000 € netto zur Verfügung. Die Aufteilung ist wie folgt vorgesehen:
 1. Preis 25.600 €
 2. Preis 16.000 €
 3. Preis 9.600 €

Für Anerkennungen werden insgesamt 12.800 € zur Verfügung gestellt.
- Weitere Bearbeitung
Der Gemeinderat behält es sich vor zu entscheiden, ob das Wettbewerbsergebnis von 2018 (mit Sanierung des Horts) oder das Ergebnis dieses Verfahrens (mit Abriss des Horts) oder keines der Beiden umgesetzt werden soll. Nur für das umzusetzende Projekt gelten die nachfolgenden Ausführungen zur Weiterbeauftragung. Die Teilnehmer, insbesondere die Preisträger, des nicht umgesetzten Projekts haben keine Ansprüche auf Umsetzung oder Schadensersatz.
- Bestätigung
Der vorstehenden Auslobung hat der Gemeinderat Unterföhring in seiner Sitzung vom 09.05.2019 zugestimmt.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Anlassung und Allgemeine Zielsetzung des Wettbewerbs
Der Gemeinderat Unterföhring hat in seiner Sitzung vom 11.10.2018 beschlossen, einen Wettbewerb mit der Vorgabe des Abrisses des Horts durchzuführen und Bauten für Hort und Mittagsbetreuung neu planen zu lassen.

- Planungshistorie Ideenwettbewerb

Die jüngste Schulerweiterung im Jahr 2015 (Klassenbereiche, Doppel-Sporthalle, Küche und Mensa) erfolgte auf Grundlage des im Jahr 2011 durchgeführten Ideen- und Realisierungswettbewerb „Schulerweiterung Unterföhring“. Im Ideenteil dieses Verfahrens wurden bereits erste Ideen für eine Erweiterung des Horts gesucht.

1. Realisierungswettbewerb

2017/18 wurde ein neuer Wettbewerb mit der Vorgabe des Erhalts und der Sanierung des Hortgebäudes „Stammhaus“ durchgeführt. Das Gebäude sollte künftig die Mittagsbetreuung mit 100 Kindern beherbergen. Für den Hort war ein Erweiterungsbau bzw. Neubau mit insgesamt 200 Plätzen geplant.

2. Realisierungswettbewerb

Zwischenzeitlich hat sich die Aufgabenstellung geändert, ein neuer Wettbewerb mit der Vorgabe für den Abbruch des „Stammhauses“ und Neubau von Hort und Mittagsbetreuung wird ausgeschrieben. Das Wettbewerbsgebiet entspricht dem damaligen Ideenteil. Die Hauptzufahrt zur Schule erfolgt an der Bahnhofstraße, sowie eine „Bring- und Holzone“ statt bestehender Stellplätze.

- Räumliche, funktionale und organisatorische Gegebenheiten des Schulgeländes
~~Das bestehende Hort-Gebäude besteht aus zwei zur Schulstraße giebelständig stehenden Gebäudeteilen und einer mittig liegenden Eingangshalle, mit jeweils zwei Vollgeschossen (E+D).~~
- Freiflächen
Es ist darauf zu achten, dass der Kinderhort aber über ein eigenes, ausreichend großes Außenspielgelände verfügt. Dieses sollte räumlich den Einrichtungen zugeordnet sein und gut überschaubar sein bzw. eine räumliche Abgrenzung zur sonstigen Fläche für Schul- und Mittagsbetreuungskinder bieten, um das Kindeswohl zu sichern. Der Auslober wünscht eine ebenerdige Anordnung lärmintensiver Spielflächen. Sollten Freiflächen dennoch auf dem Dach vorgesehen werden, müssen Belange der Nachbarschaft berücksichtigt und ggf. Schallschutzmaßnahmen nachgewiesen werden.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Wirtschaftlichkeit

Eine wirtschaftliche und ressourcenschonende Bauweise wird erwartet und ist entsprechend nachzuweisen. Die Vorprüfung erstellt für jede Arbeit eine Kostenschätzung nach BKI gemäß Kubatur und prüft die Wirtschaftlichkeit hinsichtlich Materialität, Konstruktion.

Weiter weist der Vorsitzende darauf hin, dass eine Ermittlung der Herstellungskosten in Höhe von netto 8.335.000 € zzgl. BauNK (20%) für den Neubau Hort, MIB und TG durch das Büro bauwärts, München, Stand 4.4.2019 ermittelt wurde. Diese Kostenermittlung wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium stimmt dem Auslobungstext für die Realisierung der Hort-/Mittagsbetreuungsplätze an der Schulstraße, Stand 07.05.2019, zu.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 14.03.2019, Nr. 860, wird diesbezüglich (Auslobungstext) aufgehoben.

Als Mitglieder des Auswahlgremiums werden Vertreter des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, der Verwaltung und folgende Vertreter aus dem Gemeinderat bestellt:

Für die SPD:	Frau Fister
Für die CSU	Herr Ilmberger, Vertretung Frau Rader
Für die PWU:	Herr Dr. Ernstberger
Für B90/DIE GRÜNEN:	Frau Fischer, Vertretung Herr Mecke

Sollte ein Losverfahren erforderlich werden, ist eine neutrale Person (z.B. Rechtsanwalt) hinzuzuziehen.

Die Verwaltung wird zu allen weiteren erforderlichen Schritten zur Durchführung und Abschluss des Wettbewerbs ermächtigt.

Die Ausgaben für das Wettbewerbsverfahren sind unter der Haushaltsstelle 46430.9490 (Hort 2/3) und 21110.9490 (MIB 1/3) zu verbuchen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat erst nach Abschluss des "weiteren" Wettbewerbs eine Entscheidung trifft ob der erste Wettbewerb oder der zweite Wettbewerb realisiert werden soll.

AZ 621
Bauamt

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

892 22 Neubau Bauhof an der Birkenhofstraße; Beauftragung des Preisträgers

Der Vorsitzende erinnert vorab an folgende Beschlüsse des Gemeinderates:

- vom 16.04.2015, Nr. 192, mit welchem das Gremium dem Antrag der PWU-Fraktion vom 02.04.2015 zur Realisierung des neuen Bauhofes auf noch zu bestimmenden Teilflächen der Flurnummern 881 und 877/2 an der Birkenhofstraße zustimmte.
- vom 17.05.2018, Nr. 734, mit welchem u. a. bekannt gegeben wurde, dass für den Neubau des Bauhofes für die Betreuung eines VgV-Verfahrens mit Mehrfachbeauftragung das Projektsteuerungsbüro pm5 Projektmanagement, München, beauftragt wurde.
- vom 13.12.2018, Nr. 813 in dem der Gemeinderat beschlossen hat, dass mind. drei Teilnehmer für das VgV Verfahren einzuladen sind.

Nachdem mit Vorlage der Finalangebote das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen wird, sind die Gründe der Geheimhaltung zum Beschluss des Gemeinderates vom 07.02.2019, Nr. G875, weggefallen. Der Beschluss des Gemeinderates vom 07.02.2019, Nr. G875, mit welchem der Gemeinderat drei Büros mit der Wettbewerbsaufgabe beauftragt hatte, wird in heutiger Sitzung bekannt gegeben. Es wurde von diesen drei beauftragten Büros nur von zwei Büros Finalangebote zum Abgabeschluss vorgelegt. Das dritte Büro hat seine Teilnahme abgesagt.

Das Verfahren verläuft in drei Schritten. Nach EU-weiter Veröffentlichung erfolgte in der Stufe I die Eignungsprüfung, nach der drei Bieter ausgewählt wurden, um an dem Plangutachten teilzunehmen. In der Stufe II-1 haben zwei Bieter ihre Lösungsvorschläge im Rahmen einer Jury-Sitzung vorgestellt. (Laut Beschluss vom 13.12.2018 waren mind. drei Bieter vorgesehen – ein Bieter hat die weitere Teilnahme am Verfahren schriftlich abgesagt).

In der Stufe II-1 haben am 09.04.2019 folgende zwei Büros ihre Lösungsvorschläge im Rahmen einer Jury-Sitzung vorgestellt.

- Knerer und Lang Architekten GmbH, München
- kplan AG, Abensberg

Am Ende der Jurysitzung wurden einvernehmlich die Beurteilung der einzelnen Bieter und deren Lösungsansätze sowie die Fragen für das Verhandlungsverfahren festgelegt.

Nach der Präsentation der Bieter und der Lösungsansätze wurden alle Teilnehmer aus Stufe II-1 aufgefordert die notwendigen Unterlagen für das Verhandlungsverfahren (Stufe II-2) bis zum 23.04.2019 in schriftlicher Form bereitzustellen.

Alle Bieter haben fristgerecht, bis zum 23.04.2019, die Unterlagen für die Stufe II-2 abgegeben.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach Auswertung der jeweiligen Bewerbung, durch die Jury ergibt sich folgende Platzierung:

- 1. Platz: Knerer und Lang GmbH
- 2. Platz: kplan AG

Im Vergabevermerk von pm5, München, Stand 29.04.2019 wird die Empfehlung ausgesprochen, dem Erstplatzierten den Auftrag für die Objektplanung zu erteilen.

Der Bürgermeister weist daraufhin, daß die Entwürfe und Planungen des Wettbewerbs zum „Neubau Bauhof“ Ende Mai im Rathaus öffentlich ausgestellt werden.

Der Vergabevermerk vom 29.04.2019 und Lageplanskizzen der beiden eingereichten Arbeiten wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Vergabempfehlung des Projektsteuerungsbüros pm5 vom 29.04.2019 an, das Architekturbüro Knerer und Lang Architekten GmbH, München, zur Realisierung „Neubau Bauhof“ nach Ablauf der Einspruchsfrist (10 Tagen) mit der Objektplanung gem. § 33 HOAI zu beauftragen.

Die Verwaltung wird beauftragt alle erforderlichen Schritte (Vorbereiten eines Architektenvertrages, etc.) zur Vorlage an den Gemeinderat zu veranlassen.

AZ 621
Bauamt

893 22 Feststadl Unterföhring; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister bringt die Bekanntgabe in der Sitzung des Gemeinderates vom 14.03.2019 in Erinnerung, in welcher mitgeteilt wurde, dass das erste Ausschreibungsverfahren mangels wirtschaftlichen Angebots aufgehoben und eine erneute Ausschreibung durchgeführt werden musste.

Die öffentliche Ausschreibung wurde am 15.03.2019 öffentlich in der bayerischen Staatszeitung bekanntgemacht. Insgesamt 15 Firmen haben die Angebotsunterlagen erhalten.

Zum Abgabetermin der Erstangebote zum Verhandlungsverfahren am 09.04.2019 wurden zwei Angebote abgegeben. Beide Angebote waren vollständig und wurden zum Verhandlungsverfahren zugelassen.

Die Verhandlungsgespräche fanden am 23.04.2019 unter Beteiligung der mit Beschluss des Gemeinderates vom 07.02.2019, Nr. 851, benannten Vertreter

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

des Gemeinderates, Objektplanung, Fachplanung, Rechtsberatung und Verwaltung statt.

Beide Bewerber wurden mit Schreiben vom 24.04.2019 zur Abgabe eines endgültigen Angebotes bis 02.05.2019, 11:00 Uhr, aufgefordert.

Es wurden insgesamt zwei Finalangebote zum Abgabebeschluss vorgelegt. Nachdem mit Vorlage der Finalangebote das Ausschreibungsverfahren abgeschlossen wird, sind die Gründe der Geheimhaltung zum Beschluss des Gemeinderates vom 10.04.2019, Nr. G894, weggefallen. Der Beschluss des Gemeinderates vom 10.04.2019, Nr. G894, mit welchem die Verwaltung nach Vorliegen der Finalangebote ermächtigt wurde, den Auftrag auf das wirtschaftlichste Angebot bis zu einer Angebotssumme von 3.464.040,82 € brutto zu vergeben, wird in heutiger Sitzung bekannt gegeben.

Der Auftrag wurde nach Abschluss des Prüfungsverfahrens mit Auftrags schreiben vom 03.05.2019 auf das wirtschaftlichste Angebot der Firma Zimmerei Stark GmbH, 86736 Auhausen, gemäß Angebot vom 02.05.2019 in Verbindung mit Angebotsschreiben vom 08.04.2019 zu einer Angebotssumme von 3.464.040,82 € brutto vergeben.

Die Inspektion und Wartung für die ersten fünf Jahre nach Abnahme wurde mit jährlich pauschal 5.950,00 € brutto (z.B. Brandmeldeanlage, Lüftungsanlage, ELA), insgesamt 29.750,00 € brutto, angeboten und beauftragt. Diese Kosten sind in den kommenden Jahren unter der Haushaltsstelle 33210.5020 (Unterhalt des Gebäudes) in den Verwaltungshaushalt einzustellen.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 13.12.2018, Nr. 814, sprach sich das Gremium für die Planungsvariante V4, Stand 13.12.2018, aus. Die Gesamtkosten in Höhe von 3 Mio € brutto, angelehnt an die Kostenschätzung, Stand 06.12.2018, wurden genehmigt und entsprechend in den Haushalt 2019 eingestellt. Nachdem diese Beschlussfassung weiterführend war, wurden die bisherigen Beschlüsse des Gemeinderates zu den bisherigen Rahmen- und Planungsvorgaben (Raumplanung, Ansichten, Firstrichtung) aufgehoben. Die Verwaltung wurde für die nächsten Schritte zur Realisierung ermächtigt. Auf dieser Grundlage, Planungsvariante V4, Stand 13.12.2018, sowie Kostenschätzung Basis-Variante 1 (~ 3.187.117 € brutto), Stand 06.12.2018, wurde das öffentliche Vergabeverfahren durchgeführt und das beauftragte Angebot unterbreitet. Auf Grundlage der Funktionalen Leistungsbeschreibung ist durch die beauftragte Firma Zimmerei Stark GmbH die Werkplanung sowie die Bemusterung vorzubereiten.

Gemäß Geschäftsordnung für den Gemeinderat Unterföhring 2014 - 2020 ist hierfür der Gemeinderat zuständig, sofern er seine Zuständigkeit nicht auf andere Ausschüsse oder Gremien delegiert.

Beschluss: 15 : 7

Das Gremium nimmt die Auftragsvergabe für den Feststadl Unterföhring – Generalunternehmer (Planung und Bau) an die Firma Zimmerei Stark GmbH,

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

86736 Auhausen, gemäß Angebot vom 02.05.2019 in Verbindung mit Angebotsschreiben vom 08.04.2019 zu einer Angebotssumme von 3.464.040,82 € brutto, zur Kenntnis.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 3.464.040,82 € brutto werden genehmigt und sind unter der Haushaltsstelle 33210.9420 bereitzustellen.

Die Kosten der Inspektion und Wartung in Höhe von jährlich pauschal 5.950,00 € brutto sind in den kommenden Jahren unter der Haushaltsstelle 33210.5020 (Unterhalt des Gebäudes) einzustellen.

Darüber hinaus wird das bisherige Verhandlungsgremium ermächtigt, die weiteren Festlegungen im Rahmen der Bemusterung zu treffen, sofern diese in dem genehmigten Kostenangebot enthalten sind.

AZ 621
Bauamt

894 22 **Antrag des 1. Schwimmvereins Unterföhring e.V. auf Übernahme der Kosten für Schwimmkurse von bedürftigen Unterföhringer Kindern**

Der Vorsitzende gibt das Schreiben des 1. Schwimmvereins Unterföhring e.V. vom 02.04.2019 bekannt. Dieser stellt Antrag an den Gemeinderat, auf Übernahme der Kosten für Schwimmkurse von bedürftigen Unterföhringer Kindern.

Das Schreiben lautet wie folgt:

„Sachstand:

Der Schwimmverein bietet seit einem Jahr Schwimmkurse in Ismaning und im Prinz-Eugen-Schwimmbad in München an. Die Kurse erfreuen sich großer Beliebtheit bei Kindern und Eltern.

Die Kurse werden ausschließlich von geeigneten Personen durchgeführt. Alle Übungsleiter müssen einen erfolgreichen Rettungsschwimmerkurs in Bronze vorweisen, einen Erste-Hilfe-Kurs, eine Ausbildung zur Schwimmlehrerin (BSV), Sportstudentin mit der Prüfung „Schwimmen lehren“, die C-Trainer-Ausbildung des BSV, oder zumindest auf dem Weg dahin sein.

Der Personenkreis, der von uns geschult wird umfasst Kindergartenkinder ab dem 4. LJ, Schulkinder, junge Erwachsene (bisher ausschließlich Flüchtlinge) und Erwachsene. Außerdem nehmen Kinder mit Behinderung, bzw. drohender Behinderung an den Kursen teil.

Der Schwimmverein hat einen erhöhten finanziellen Aufwand, da wir uns noch im Anfangsstadium befinden. Es werden Schulungsmaterialien neu gekauft (Schwimmnudeln, Bretter, Pullboys etc.), Eintritte für die Kinder und ÜL

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

müssen bezahlt werden und die Ausbildungen der Übungsleiter, Abzeichen und Urkunden.

Der Verein verlangt bisher einen Kostenbeitrag von 120,-- € für einen Kinderkurs, für Mitglieder 100,-- €. Die Mitgliedschaft für ein Kind kostet 6,-- € jährlich. Ab dem 2. Halbjahr 2019 will der Schwimmverein anstatt Kursgebühren Spartenbeiträge verlangen. Diese liegen für Kinder bei 140,-- € im Halbjahr und decken damit ca. 18 Schwimmeinheiten ab. Derzeit haben wir eine lange Warteliste für Schwimmkurse. (Wartedauer mind. 1 Jahr)

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass bedürftigen Unterförhringer Kindern, die Kosten für Schwimmkurse bzw. der Spartenbeitrag bis hin zum Erwerb eines bronzenen Jugend- Schwimmabzeichens erstattet werden. Die Eltern tragen einen Eigenanteil pro Kurs / pro Halbjahr von 20,-- €. Der bedürftige Personenkreis umfasst:

*Bezieher von SGB 11-Leistungen (Harz IV)
Bezieher von SGB XII-Leistungen (Grundsicherung)
Bezieher von Familienzuschlag (Existenzminimum)
Bezieher von Wohngeld (Existenzminimum)*

Begründung:

Schwimmen ist in Deutschland eine Grundfertigkeit, die zur allgemeinen Ausbildung gehört. Die Schulen sind mit kompletten Anfängern überfordert. Die Lehrer unterrichten bis zu 25 Kinder entweder alleine, bzw. mit einer Hilfskraft. Sie erwarten für den Unterricht zumindest die Fertigkeiten, die man mit dem Seepferdchen nachweisen kann.

Um eine sichere Schwimmfähigkeit zu erlangen bedarf es der Fähigkeiten, die den geforderten Leistungen des bronzenen Jugendschwimmabzeichens entsprechen. Die Erfahrung zeigt, dass die Kinder dafür ca. ein Jahr einmal in der Woche schwimmen üben müssen, bzw. drei Schwimmkurse besuchen. Bei Kindern, die mit ihren Eltern nicht zum Schwimmen gehen, weil es deren Kultur verbietet oder deren Eltern selbst auch nicht schwimmen können brauchen länger. Familien, die am Existenzminimum leben, können sich regelmäßige Schwimmbadbesuche nicht leisten.

Die mangelnde Schwimmfähigkeit der deutschen Bevölkerung wird von Polizei und Rettungskräften angemahnt. Auch die Schulen schlagen Alarm. Über 500 Ertrunkene jedes Jahr in Deutschland (davon fast 100 in Bayern) zeigen wie lebensnotwendig die Schwimmausbildung ist. Gerade auch in einer Gemeinde mit zwei Seen, der Isar und dem Isarkanal. Die meisten Menschen ertrinken in Seen und Flüssen.

Aus diesem Grund bietet die Landeshauptstadt München im Rahmen ihrer freiwilligen Leistungen kostenlose Schwimmkurse für bedürftige Bürger an. (siehe www.muenchen.de/schwimmenlernen). Eine vergleichbare Förderung

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

der Schwimmfähigkeit der Bevölkerung, durch den Landkreis München, existiert leider nicht. Die DLRG weist darauf hin, dass die Kommunen gefordert sind und an dieser Stelle unterstützen sollten.

Der Anteil von Nichtschwimmern in Grundschulen in Gegenden mit ärmerer Bevölkerung ist 20 mal höher als an Grundschulen mit gut situiertem Klientel. (siehe www.zeit.de/2018/33/schwimmen-lernen-kinder-deutschland-schwierigkeiten).

Der Schwimmverein Unterföhring leistet durch seine professionelle und engagierte Arbeit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag auf ehrenamtlicher Basis. Wir bitten die Gemeinde um Unterstützung. Wir möchten Eltern und Kinder aus bedürftigen Familien, die lobenswerter Weise die Initiative ergreifen und Schwimmen lernen wollen, in Zukunft nicht abweisen müssen.“

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag des 1. Schwimmvereins Unterföhring e.V. vom 02.04.2019 zur Kenntnis.

Zur Unterstützung und Förderung von bedürftigen Unterföhringer Kindern erstattet die Gemeinde dem Schwimmverein die entsprechend entstandenen Kosten für Schwimmkurse bzw. den Spartenbeitrag bis hin zum Erwerb eines bronzenen Jugend- Schwimmabzeichens.

Voraussetzung hierfür ist, dass

- die Eltern jeweils einen Eigenbeitrag i.H.v. 20,00 € je Kurs/ pro Halbjahr erbringen
- etwaig bestehende anderweitige Fördermöglichkeiten durch die Kursteilnehmer z.B. über das Bildungs- und Teilhabepaket abgerufen werden

Die anfallenden Ausgaben sind auf der HHStelle 55000.7010 zu verbuchen. Die derzeit noch nicht ermittelbaren Mehrkosten werden im Haushaltsjahr 2019 als außerplanmäßige Kosten genehmigt.

AZ 5200
Finanzen

895

22

Smart City: künftige Messstandorte in Unterföhring für Umweltsensoren

Im NordAllianz Verbund wurde eine Installation von Umweltsensoren in den Kommunen Eching, Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterschleißheim und Unterföhring diskutiert und beschlossen. Mit den Sensoren sollen spezifische Emissionen an einzelnen Standorten der jeweiligen Städte und Gemeinden gemessen, aufbereitet,

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

einfach dargestellt und für die Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Dies soll den Weg für eine zukünftige Smart City Initiative bereiten.

Mit Messstationen sollen zunächst Stickstoffoxide, Ozon und Feinstaub (PM 10 und PM 2,5) gemessen werden. Die Umweltsensoren werden an öffentlichen Laternenmasten auf eine Höhe von ca. 4 Metern installiert und können durch die bestehende Stromversorgung gespeist werden. Auf einer Homepage werden die jeweiligen Kommunen und deren erhobenen Daten ersichtlich sein. Die Daten können von interessierten Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei und funktional eingesehen werden.

Für die Messstationen werden nach fachlicher Abwägung der Verwaltung folgende sieben Standorte im Gemeindegebiet vorgeschlagen. Die Stationen können an der

- 1) Münchner Straße im Norden (Höhe Bauhof)
- 2) Münchner Straße in der Mitte (Höhe Bürgerhaus)
- 3) Münchner Straße im Süden (Alte Münchner Straße, Kreuzung Mitterfeldallee)
- 4) Föhringer Allee, im südlichen Wohngebiet
- 5) Gaußstraße (südlicher Gemeindebereich)
- 6) Beta-Straße Gewerbegebiet (Fahrradunterführung)
- 7) Jahnstraße, Gewerbegebiet

installiert werden.

Auf Anregung des Gemeinderatsmitglieds Frau Zankl wird noch folgender Messpunkt aufgenommen:

- 8) Blumenstraße, im Bereich des Kindergartens Blumenstraße

Durch die vorgeschlagene Anzahl an Messpunkten wird für den bewohnten Bereich der Gemeinde eine homogene Ermittlung der Werte erreicht. Durch eine geringere Anzahl von Messorten könnte eine verfälschte Abbildung der tatsächlichen Emissionswerte erfolgen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass als erster Schritt Richtung Smart City mit der Erhebung von ausgewählten Luftschadstoffen im Sommer 2019 begonnen werden soll.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium nimmt den Sachstand zur Kenntnis und spricht sich für die von der Verwaltung vorgeschlagenen acht Standorte

- 1) Münchner Straße im Norden (Höhe Bauhof)

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- 2) Münchner Straße in der Mitte (Höhe Bürgerhaus)
- 3) Münchner Straße im Süden (Alte Münchner Straße, Kreuzung Mitterfeldallee)
- 4) Föhringer Allee, im südlichen Wohngebiet
- 5) Gaußstraße (südlicher Gemeindebereich)
- 6) Beta-Straße Gewerbegebiet (Fahrradunterführung)
- 7) Jahnstraße, Gewerbegebiet
- 8) Blumenstraße, im Bereich des Kindergartens Blumenstraße

aus.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte zur Umsetzung der Messungen in Unterföhring an den sieben Standorten vorzubereiten und dem Gemeinderat zu gegebener Zeit vorzulegen.

Bauamt

- 896 22 **Planänderung nach §17d FStrG, Planfeststellungsverfahren A99 Autobahnring München, 8-streifiger Ausbau zwischen dem Autobahnkreuz München-Nord und der Anschlussstelle Haar (Errichtung einer Lärmschutzwand und einer zusätzlichen Feuerwehrezufahrt)**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 17.05.2018, Nr. 731 in dem der Gemeinderat den Erhalt der (Rettungs-) Zufahrtsrampe zur A99 (Fahrtrichtung Salzburg) an der Staatsstraße 2053 begrüßt. Da durch den Erhalt bzw. Ausbau eine schnellere und sichere Anfahrt auf die Autobahn der Feuerwehr Unterföhring sichergestellt wird.

Für den 8-streifigen Ausbau der A 99, Autobahnring München, zwischen dem AK München-Nord und der AS Aschheim/Ismaning (Bauabschnitt I), wurde am 13.07.2011 die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens bei der Regierung von Oberbayern beantragt.

Nach der 1. Tektur vom 10.10.2012 hat die Regierung von Oberbayern den Planfeststellungsbeschluss am 14.01.2013 erlassen, womit bestandskräftiges Baurecht für den ersten Bauabschnitt des 8-streifigen Ausbaus der A 99 (zwischen dem AK München-Nord und der AS Aschheim/Ismaning) vorliegt.

Für den Bereich zwischen dem AK München-Nord und der Isarbrücke wurde bereits eine Planänderung „Fahrbahnverbreiterung und Neubau von Brückenbauwerken bis zur Isarquerung“ beantragt. Der

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Planänderungsbeschluss AZ 32-4354.1-8-2 wurde von der Regierung von Oberbayern am 16.11.2016 erlassen. Im Anschlussbereich erfolgte eine weitere Planänderung für den „Neubau von Brückenbauwerken und einer Lärmschutzwand (Isarquerung bis Bauende)“ für die der Planänderungsbeschluss AZ 32-4354.1-8-8 am 04.08.2017 erfolgte.

Mit Schreiben von der Regierung von Oberbayern vom 25.04.2019, eingegangen bei der Gemeinde am 29.04.2019 wurden im Wesentlichen nun folgende Planänderungen vorgenommen:

- Errichtung einer Lärmschutzwand (nördlich der A99)
- Zusätzliche Feuerwehrazufahrt auf der BAB 99 in Fahrtrichtung Salzburg 8südlich der A99)

Die gegenständliche Planänderung umfasst den **Neubau einer Lärmschutzwand** (von Betriebskilometer 26,489 bis Betriebskilometer 27,397) mit Anpassung der Entwässerung, den **Neubau einer Feuerwehrazufahrtsrampe** bei (Betriebskilometer 26,900) sowie die Anpassung des untergeordneten Wegenetzes. Die daraus entstehenden Anpassungen für Umweltverträglichkeit und Landschaftsplanung werden in diesem Erläuterungsbericht beschrieben und abgehandelt. Wesentlich daran ist die Anpassung der Gestaltungsfläche G 1 dahingehend, dass an den versiegelten Stellen keine Begrünung mehr erfolgt sowie eine Erhöhung des Ausgleichsflächenbedarfs um 4.800 Wertpunkte aufgrund der zusätzlichen dauerhaften Versiegelung von Boden. Die Ausgleichsverpflichtung wird in dem bereits umgesetzten Ökokonto „Strampf“ eingebucht.

Neubau einer Feuerwehrazufahrtsrampe

Auf Wunsch der Gemeinden Unterföhring und Ismaning soll eine Feuerwehrazufahrtsrampe errichtet werden. Diese wird über eine Nothaltebucht auf die A 99 in Richtung Salzburg geführt. Die Lärmschutzwand südlich der A 99 muss in diesem Bereich angepasst werden.

Begründung des Neubaus einer Feuerwehrazufahrtsrampe

Auf Anregung der örtlichen Feuerwehren wünschen die Gemeinden Unterföhring und Ismaning die Errichtung einer neuen Feuerwehrazufahrtsrampe auf die A 99. Hierdurch soll ein schnelleres Eintreffen der Rettungskräfte am Einsatzort gewährleistet werden.

Neubau einer Lärmschutzanlage

Auf Wunsch der Gemeinde Ismaning soll nördlich der A 99 eine neue Lärmschutzwand errichtet werden. Infolge dessen muss die Entwässerungsplanung angepasst werden.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Begründung des Neubaus einer Lärmschutzanlage

Auf Wunsch der Gemeinde Ismaning soll die Lärmschutzsituation in ihrem Gemeindebereich verbessert werden. Hierzu wird Betriebskilometer 26,489 bis Betriebskilometer 27,397 (908 Meter) eine neue fahrbahnseitig hochabsorbierende Lärmschutzwand mit 5,80 m Höhe über Fahrbahnoberkante errichtet. Die angegebenen Höhen der aktiven Lärmschutzmaßnahmen beziehen sich immer auf die Fahrbahnoberkante der A 99 am äußersten Punkt des Randstreifens.

Es handelt sich hierbei um einen freiwilligen Lärmschutz der Gemeinde Ismaning. Die Kosten hierfür sowie für die damit verbundenen Folgemaßnahmen trägt die Gemeinde Ismaning. Eine entsprechende Vereinbarung mit der Gemeinde wurde bereits geschlossen.

Das untergeordnete Wegenetz wird zur Erschließung der Begleitwege entlang der Lärmschutzanlagen nördlich und südlich der A 99 sowie der Feuerwehruzufahrtsrampe angepasst.

Auf Grund der Planänderung ergeben sich keine Auswirkungen auf Lage und Höhe der planfestgestellten Trasse der A 99.

Die Lärmschutzanlage und die Feuerwehruzufahrt selbst können auf bundeseigenem Grund errichtet werden, ohne zusätzlich Grund dauerhaft in Anspruch zu nehmen. Lediglich für die Entwässerung der nördlichen Fahrbahn muss am Böschungsfuß eine Versickermulde hergestellt werden. Hierbei bedarf es Grunderwerb in geringem Umfang. Zudem müssen die bestehenden Begleitwege nördlich und südlich der Autobahn geringfügig an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Die neu zu errichtenden Wege kreuzen bestehende Druckwasser- und Fernmeldeleitungen von Uniper SE sowie eine bestehende Wasserleitung der Gemeinde Ismaning. Die Leitungen werden von der Maßnahme nicht berührt.

Durch den Neubau der Lärmschutzwand wird die Lärmsituation auch auf Ismaninger Flur verbessert. Auf eine erneute lärmtechnische Untersuchung wurde daher verzichtet.

Der Erläuterungsbericht und ein Übersichtslageplan wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die beantragte Planänderung nach §17d FStrG, Planfeststellungsverfahren A99 Autobahnring München, 8-streifiger Ausbau zwischen dem Autobahnkreuz München-Nord und der Anschlussstelle Haar (Errichtung einer Lärmschutzwand und einer zusätzlichen Feuerwehruzufahrt) vom 25.4.2019 zur Kenntnis. Es werden keine Einwände oder Hinweise bzgl. zu vorgelegter baulicher Maßnahme vorgebracht.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

AZ 6153
Bauamt

- 897 22 **Geothermieprojekt Unterföhring:
Bürgschaft der Gemeinde Unterföhring für die GEOVOL Unterföhring
GmbH**

Der Erste Bürgermeister verweist auf den Beschluss vom 09.07.2009, Nr. G222, in dem die Ermächtigung erfolgte, Antrag auf Genehmigung einer Bürgschaft beim Landratsamt München zu den marktüblichen Konditionen zu stellen.

Am 01.04.2019 wurde vom Geschäftsführer der GmbH, Herrn Lohr, für das Haushaltsjahr 2019 ein zusätzlicher Antrag bei der Gemeinde zur Stellung einer 80-prozentigen Bürgschaft in Höhe von 560.000 € zur Absicherung der Kosten für die Mitfinanzierung der Fernwärmebaumaßnahme BA 2019 gestellt, welcher durch das KfW-Programm 271 (erneuerbare Energien) gefördert wird. Der Zinssatz für das Darlehen beträgt 1,4%.

Aus rechtlichen Gründen soll nach Genehmigung durch das Landratsamt München von der GEOVOL Unterföhring GmbH eine marktübliche Bürgschaftsprovision angefordert werden. Als Ergebnis der Nachfrage wären 0,50 Prozent angemessen.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Bürgschaft für die Wiedernutzbarmachung zu. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, nach Genehmigung des Bürgschaftsvertrags durch das Landratsamt München die Bürgschaft über 80 Prozent der Kreditsumme von 700.000 € (Bürgschaft = 560.000 €) mit der GEOVOL Unterföhring GmbH abzuschließen.

Die Bürgschaftsprovision wird mit 0,50 Prozent festgesetzt und wird unter der HHSt. 03000.2620 verbucht.

AZ 9
Finanzen

- 898 21 **Freimann Gasturbinenkraftwerk der SWM - Stellungnahme zum
Genehmigungsverfahren nach §16 Bundesimmissionsschutzgesetz
(BImSchG)**

Das Heizkraftwerk Freimann der SWM Service GmbH am Standort Frankfurter Ring 181 in München wird zzt. mit einer neuen Gasturbinenanlage versehen.

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Vorhaben die beiden Gasturbinen zu erneuern wurde von der Regierung Oberbayern bereits bewilligt.

Die SWM möchte die neue Gasturbinenanlage mit Katalysatoren nachrüsten und weitere dadurch notwendige Modifizierungen umsetzen. Hierzu wurde von der SWM bei der Regierung von Oberbayern ein Änderungs-Genehmigungsantrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) eingereicht. Die Gemeinde wurde mit dem Schreiben vom 16.04.2019 der Regierung von Oberbayern aufgefordert hierzu Stellung zu nehmen.

Konkret soll folgende Veränderungen am bereits bewilligten Vorhaben vorgenommen werden

- Nachrüstung einer Abgasbehandlungsanlage mit einem SCR-Katalysators zur Reduzierung von Stickstoffoxiden und eines Oxidations-Katalysator zur Minderung von Kohlenmonoxid
- notwendige Errichtung von Nebenanlagen, z. B. Lagerung von wässrigen Ammoniaklösung (notwendig für die SCR-Katalysator), Verrohrungen, etc.
- Änderung der Betriebsweise der Gasturbinenanlage durch Erweiterung des Teillastbereichs von bisher 50 bis 70% auf 30 bis 70%
- bauliche Anpassung des Trafo-Schaltanlagen-Gebäudes
- Absenkung der Abgastemperatur am Kamin von 120°C auf 80°C

Gemäß §16 Abs. 2 BImSchG ist ein Genehmigungsverfahren für die geplanten Änderungen notwendig. Das Änderungsvorhaben betrifft das Heizkraftwerk nach Nr. 1.1 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV. Nach Vorprüfung der Regierung von Oberbayern ist eine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich, da keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen erwartet werden.

Zudem beantragt die SWM Services GmbH einen vorzeitigen Beginn gemäß § 8a BImSchG folgende Maßnahmen

- bauliche Anpassung des Trafo-/Schalteranlagegebäudes
- Errichtung des Abfüllplatzes für Ammoniakwasser
- Aufstellung des Ammoniakwasserbehälters

Durch die Zustimmung aller einbezogenen beteiligten Behörden, wie bspw. das Wasserwirtschaftsamt, Landeshauptstadt München, vers. Sachgebiete der

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Regierung von Oberbayern und angrenzenden Gemeinden könnte ein vorzeitiger Beginn zugestimmt werden.

Vor dem Bekanntwerden des Änderungsantrags wurde bereits vorab von der örtlichen Agenda 21 Unterföhring Gruppe die Auswirkungen auf zu erwartenden Luftemissionen und mögliche negativen Beeinträchtigungen für die Landeshauptstadt München und Gemeinde Unterföhring thematisiert und wurde dies an den Oberbürgermeister Dieter Reiter herangetragen.

Die SWM nahm im Rahmen des Antwortschreibens von Herrn OB Reiter an die Agenda 21 Stellung. Nach Angaben der Stadtwerke München wären die entstehenden Abgase eines Gasturbinenwerks weitgehend staub- und schwefelfrei. Durch den Einsatz von neuester Technik könnten bereits die geltenden Grenzwerte nach BImSchG unterschritten werden, auch ohne Abgasfilterung. Darüber hinaus können zusätzlich eine Rauchgasentstickungsanlage (DeNOx-Anlage) und ein Kohlenstoffmonoxid-Katalysator anfallende Schadstoffe entnommen werden.

Unter Berücksichtigung dieser drei Aspekte wird zzt. nach Angaben der SWM das modernste und sauberste Gasturbinenkraftwerk Deutschlands in Freimann errichtet. Um dies Ziele zu erreichen würden ein geringer Wirkungsgrad, weniger Leistung durch höhere Druckverluste und höhere Investitions- und Betriebskosten in Kauf genommen.

Laut der Umweltverträglichkeitsprüfung des Instituts für Energie- und Umweltforschung aus Heidelberg aus dem Jahr 2017 würde besonders im Gemeindegebiet von Unterföhring eine zusätzliche Belastung Feinstaub (PM_{2,5}), NO₂, NO_x, SO₂ und CO durch den Betrieb der Gasturbinenanlage entstehen. Durch meteorologische Vorgänge, insbes. Drift, können Einträge in der Luft stark geographisch verteilt werden. Der mögliche, entstehende Eintrag wird jedoch in höhere Luftschichten erwartet und soll somit eine geringe Einwirkung auf Mensch und Umwelt darstellen. Da die beantragten technischen Änderungen an der geplanten Gasturbinenanlage eine Minderung der Schadstoffeinträge angestrebt wird, sollte sich der zu erwartende Eintrag in den Ausstoß und somit die Belastung in der Luft über dem Gemeindegebiet verringern.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich an der Beratung und Beschlussfassung nicht beteiligt.

Beschluss: 21 : 0

Das Gremium spricht sich für die geplante Abänderung des Genehmigungsverfahrens aus, dass die Umweltverträglichkeitsprüfung (gemäß der Regierung von Oberbayern) nicht erforderlich ist. Es wird die

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Installation zusätzlicher Katalysatoren und Änderung der Betriebsweise (Reduzierung des Wirkungsgrads und Abgastemperatur) begrüßt.

Diese Entscheidung ist an die Regierung von Oberbayern für das weitere Genehmigungsverfahren zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

AZ 8641
Bauamt

899

22

Bekanntgaben

BEK 05/19 Antrag der JU Unterföhring zur Errichtung einer "Fahrrad-Reparaturstation und Verkaufsautomat"; Sachstand

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 08.11.2018, Nr. 802, in dem die Fahrradreparaturstation und ein Fahrradersatzteil-Verkaufsautomat südlich vom S-Bahnhof in der Grünfläche errichtet werden soll.

Die Fahrradreparaturstation wurde durch den Bauhof aufgestellt und ist einsatzbereit. Der Verkaufsautomat wird voraussichtlich bis Ende Mai aufgestellt, an Strom angeschlossen und durch einen ortsansässigen Fahrradhändler bestückt und kontrolliert werden.

AZ 6100
Bauamt

899

22

Bekanntgaben

BEK 05/19 Verlagerung Beachvolleyball-Plätze am Feringasee

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Naherholungsflächenverein voraussichtlich noch in diesem Jahr die Beachvolleyballplätze am Feringasee verlagern und neu situieren wird.

Sie sollen künftig außerhalb der Grillzone vorgesehen sein, um etwaige Nutzerkollisionen zu vermeiden.

AZ 0241
Hauptamt

65. Sitzung des Gemeinderates vom 09.05.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

899

22

Bekanntgaben

BEK 05/19 Wahlaufuf Europawahl

Der Vorsitzende erinnert daran, dass am Sonntag, den 26. Mai 2019 die Europawahlen stattfinden.

Auf die Dauer von fünf Jahren werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments neu gewählt. Entscheidungen des Europäischen Parlaments geben Rahmenbedingungen für die Regierungen der Mitgliedsstaaten vor oder entfalten sogar als Gesetzgebung eine direkte Wirkung. Das Europäische Parlament hat für das Leben der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten und damit auch in Deutschland hierdurch an Bedeutung gewonnen.

Wählen bedeutet, die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft für die nächsten Jahre wesentlich mitzugestalten.

Nehmen Sie Ihre demokratischen Mitwirkungsrechte wahr und gehen Sie bitte am 26. Mai 2019 zur Wahl.

Das Wahllokal in der Schule, Bahnhofstraße 3, ist von 08:00 bis 18:00 Uhr geöffnet.

Sollten Sie am Sonntag nicht persönlich zur Wahl kommen können, besteht bis Freitag, 24.05.2019, 18:00 Uhr für alle Wahlberechtigten die Möglichkeit Ihr Stimmrecht per Briefwahl auszuüben.

Briefwahlunterlagen können online beantragt werden oder erhalten Sie im Rathaus, Zi.-Nr. 002/003.

AZ 0241
Hauptamt

Nachdem aus dem Gremium keine Anfragen gestellt werden dankt der Vorsitzende den Pressevertretern und Zuhörern für Ihre Teilnahme, wünscht Ihnen einen guten Heimweg sowie einen angenehmen Abend und schließt die öffentliche Sitzung um 22:07 Uhr.



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister



Lothar Kipp
Schriftführer